

27.04.2021

Amnesty International Chile lehnt die neue Welle von illegalen Verhaftungen und Abschiebungen von Migrant_innen ab

Funktionäre der Polizei haben in den letzten Tagen einmal mehr eine Welle von Verhaftungen und Abschiebungen von Migrant_innen initiiert und dabei wiederholt Menschen- und Verfassungsrechte missachtet, die der chilenische Staat jedoch verpflichtet ist, zu respektieren.

Organisationen zur Verteidigung der Rechte von Migrant_innen informieren, dass in verschiedenen Gebieten Chiles, vor allem in Arica, Antofagasta, Tarapacá und Santiago Dutzende von Migrant_innen verhaftet wurden, um sie anschließend umgehend auf der Grundlage von ungültigen Ausweisungspapieren auszuweisen.

Die Regierung hatte bereits am 24. April die Ausweisung einer ersten Gruppe von 55 Personen mittels eines Flugs nach Caracás bekanntgegeben. Dies sei nur der erste von geplanten weiteren 15 Flügen, um Migrant_innen mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus des Landes zu verweisen, ungeachtet dessen, dass die meisten von ihnen keinen gültigen Ausreisebeschluss besitzen.

In vielen Fällen bedeutet das einen Verstoß gegen die grundlegenden Menschenrechte, die sowohl in der chilenischen Verfassung als auch in verschiedenen internationalen Dokumenten anerkannt sind, darunter die Gleichbehandlung vor dem Gesetz als auch das Recht auf juristischen Beistand.

Wie Francisca Vargas, Direktorin der Rechtsklinik für Migranten und Flüchtlinge der Universität Diego Portales öffentlich verurteilte, sahen sich die Migrant_innen neben anderen Gründen daran gehindert, Beschwerde gegen die verhängte Abschiebung einzulegen oder um Schutz zu bitten, weil das Berufungsgericht von Iquique sonntags geschlossen ist. Dadurch konnten die Betroffenen ohne rechtlichen Beistand abgeschoben werden.

Auf der anderen Seite sehen sich die Opfer dieser Willkür dauerhaft von ihren Familien und Angehörigen, die weiterhin in Chile sind, getrennt. Viele Migrant_innen mit einem ungeklärten Aufenthalt sind mit ihrer Familie in Chile, da sie für den ökonomischen Unterhalt ihrer minderjährigen Kinder sorgen müssen. Auch deshalb widersprechen diese Abschiebungen wichtigen Prinzipien der Menschenrechte, wie beispielsweise dem Schutz der Familie und dem Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Hinzu kommt, dass diese Abschiebungen dem neuen Migrantengesetz widersprechen, das in der letzten Woche (20. April) veröffentlicht wurde. Der achte Übergangartikel des neuen Migrantengesetzes gewährt Personen, die das Land unbefugt betreten haben, die Möglichkeit, Chile innerhalb von 180 Tagen nach Veröffentlichung dieses Gesetzes wieder zu verlassen ohne sanktioniert zu werden und ohne ihnen die erneute Einreise ins Land zu verbieten.

Wie schon bei vorherigen Ereignissen, hat der chilenische Staat angekündigt, den Prozess der massiven Abschiebungen voran zu treiben und verhaftete Migrant_innen zu verpflichten, in ihr Heimatland zurückzukehren, auch wenn diese dort zu Opfern von Verfolgung werden oder ihr Leben unmittelbar bedroht ist.

Man muss dabei auch den internationalen Charakter der Menschenrechte im Blick haben, die verbindlich für die Verwaltung und die Rechtsprechung sind: Migrant_innen, auch wenn sie das Land

unbefugt betreten haben, haben sowohl das Recht, einen Antrag auf Asyl zu stellen als auch nicht abgeschoben zu werden. Diese Rechte sind vor allem deshalb bedeutsam, wenn man bedenkt, dass die Mehrzahl der ausgewiesenen Migrant_innen aus Venezuela kommen, die angesichts der Situation in ihrem Land durchaus den Status von Flüchtlingen erfüllen würden. Abgesehen davon, auch dies in Übereinstimmung mit internationalen Bestimmungen und dem kürzlich veröffentlichten Migrantengesetz, ist die kollektive Abschiebung ausdrücklich verboten. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte und der Vizepräsident des Komitees für Rechte von Migrant_innen und ihrer Familien der Vereinten Nationen haben diese Menschenrechtsverletzungen verurteilt, ihre Befürchtungen geäußert und Chile aufgefordert, für alle Menschen, auf die sich seine Rechtsprechung bezieht, die Menschenrechte umfassend entsprechend den interamerikanischen Standards anzuwenden.

Amnesty International fordert die Einhaltung der Menschenrechte für Migrant_innen. Gleichzeitig fordert ai den chilenischen Staat auf, die massiven Abschiebungen zu beenden, jeden Einzelfall hinsichtlich seiner Schutzwürdigkeit genauestens zu prüfen und seine Beamt_innen dazu anzuhalten, die nationalen und internationalen Normen der Menschenrechte einzuhalten, um alle Personen ungeachtet ihres Migrationsstatus' zu schützen.

<https://amnistia.cl/noticia/detenciones-y-expulsiones-ilegales-en-contra-personas-migrantes/>